

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/4,
durch die Post und
durch Colportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mfr. 2.50,
pro Woche 20 Pf.,
Postzeitungsliste Nr. 7745.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr
beträgt für die einseitige
Beilage ober deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Berichtungs-Beilagen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 167.

Mittwoch, den 20. Juli 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Brutstätte der Reaction.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Vorwärt“ folgenden bemerkenswerten Zeitartikel:

In Süd- und Mitteldeutschland so gut wie in den norddeutschen Hansestädten kann man wie in früheren Zeiten noch jetzt die immer mehr um sich greifende Verpreuung Deutschlands beklagen hören. In weiten Schichten der deutschen Bevölkerung weist man damit auf das stete Vordringen der Reaction hin. Aber selbst in Preußen scheint man noch nicht mit gehöriger Klarheit begriffen zu haben, daß die preussische Reaction ihre Kraft in allererster Linie aus den ostelbischen Gutsbezirken zieht, während der Bezirk des Gutsbezirkes dem westpreussischen Deutschen — die Westpreußen ausgenommen — völlig fremd ist.

Mit der „Befreiung“ der Bauern in Preußen, die 1811 eingeleitet erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zum Abschluß gelangte, ist der eigenartige Gegensatz zwischen der Dorfgemeinde und dem Gutsbezirk ins Leben getreten. Den Gutsbezirk bildet im Wesentlichen der frühere Besitz des Gutsherrn, vermehrt um ein volles Drittel des früheren Bauernlandes, das der Gutsbesitzer als Eigenthum zuziel.

Aber neben diesem Gewinn hat die preussische Gesetzgebung gelegentlich der „Bauernbefreiung“ den Gutsbezirk noch schwerwiegende Vortheile gesichert. Wir sehen ab von den Summen, welche neben der erwähnten Landabtretung für die Ablösung der alten Verpflichtungen gezahlt werden mußten und lassen nur die Vortheile ins Auge, die den Gutsbezirkern daraus erwachsen, daß sie nicht den Landgemeinden angehören, sondern daß ihre Besitzungen unter dem Namen „Gutsbezirk“ völlig selbstständig und unabhängig gemacht wurden. Solcher Gutsbezirke wurden im Jahre 1893 in Preußen 16,482 gezählt. Unter ihren Besitzern befinden sich die Familien des hohen und niederen Adels, die berückichtigten ostelbischen Junker.

Am kürzesten läßt sich für den Kenner socialpolitischer Verhältnisse die bevorzugte Sonderstellung der Gutsbezirke durch folgenden Satz klarstellen: „Für die Gutsbezirke stehen mit den aus der Natur der Sache folgenden Maßgaben dem Gutsbesitzer alle Rechte und Pflichten der Gemeinde zu. Insbesondere tritt er in Person oder durch einen als Stellvertreter zu bestellenden Gutsvorsteher an die Stelle des Gemeindevorstehers. Die Gemeindevertretung fällt hier fort.“ (Graf Hue de Grais, Handbuch der Verfassung und Verwaltung.) Wir wollen die Folgen dieses Verhältnisses an einigen Einzelheiten auch weiteren Kreisen klar zu machen versuchen.

Als „Gemeindevorsteher“ repräsentirt der Gutsbesitzer eine öffentliche Behörde; er hat Rechte und Pflichten des mittelbaren Staatsbeamten, nicht auf Grund seiner Befähigung oder einer noch so eingetragenen Wahl, sondern auf Grund des erblichen oder erkauften Besitzes. Ihm stehen in Ausübung seiner „obrigkeitlichen Gewalt“ Zwangsbefugnisse zu. Er kann Geld- oder verhältnismäßige Haftstrafe androhen oder festsetzen, freilich nur bis 5 Mark oder 1 Tag Haft; er kann die Ausführung „zu erzwingender Handlungen“ durch einen Dritten auf Kosten des Anspruchsgewinnenden anordnen. Unmittelbaren Zwang soll er nur „äußerstes Falls“ anwenden. Gegen seine Anordnungen und Festsetzungen ist eine Beschwerde im Aufsichtsweg mit zweiwöchentlicher Frist an den Landrath

und weiter an den Regierungspräsidenten zulässig, das heißt an Männer, die öftlich der Gibe meist wieder mit den Besitzern der Gutsbezirke auf das Engste zusammenhängen. (Bis in die neueste Zeit hinein hatten die Gutsbesitzer auch die Ortspolizei [Strafbefugnis bis zu 60 Mark oder 1 Woche Haft]. Jetzt sind in den östlichen Provinzen [außer Posen] Amtsbezirke gebildet, innerhalb deren die Ortspolizei — möglichst im Ehrenamt — vom Amtsvorsteher verwaltet wird. Im Jahre 1875 bestanden in diesen Provinzen 6558 Amtsbezirke mit durchschnittlich je 1600 Einwohnern, resp. je 6 Gemeinden oder Gutsbezirke. 340 waren besondere Gemeinden oder Gutsbezirke. Eine Statistik würde ergeben, daß die überwiegende Mehrzahl der Amtsvorsteher ebenfalls Gutsherren oder Angestellte von solchen sind.)

Schärfst bedeutsam ist die Selbstherrlichkeit des Gutsherrn für die Volksschule, worauf wir noch unten zurückkommen. Hier sei nur ein charakteristischer Zug erwähnt, der zeigt, wie man gerade den als Schulpatronen ungeeignetsten Gutsherren regierungsfreudig entgegenkommt. Graf Hue de Grais schreibt: „Die Verfassung verheißt die Theilnahme der Gemeinden (bei der Anstellung der Volksschullehrer); zur Zeit kommt sie nur vereinzelt vor, insbesondere hat in den östlichen Provinzen in der Regel die Ortsobrigkeit (Magistrat, Gutsherr) das Vorschlagsrecht.“

Bekanntlich ist durch Gesetz vom 1. April 1895 die Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer außer Hebung gesetzt, während sie nach wie vor veranlagt wird. Die Gutsherren haben hier einen doppelten Vortheil. Einmal demüßigt sich ihr Wahlrecht sowohl für den preussischen Landtag, wie auch für die Kreisparlamente nach der veranlagten, aber nicht bezahlten Steuer. Andererseits können sie von keiner Gemeinde auf Grund der Einschätzung zur Communalsteuer herangezogen werden, wie die sonstigen Grundbesitzer. Der Umstand, daß sie für ihren Bezirk sich die Lasten selbst auferlegen haben, bewirkt nun, daß einerseits die Schule auf dem Mindestmaß des Nothwendigen gehalten wird, daß aber auch die Wege, soweit sie nicht vom Kreis oder sonstigen Verbänden unterhalten werden, fast stets in schlechtem Zustand sind.

11,346 Gutsbezirke bildeten im Jahre 1885 selbstständige Ortsarmenverbände. Daß die Armenpflege, allein vom guten Willen des Gutsherrn abhängig, hier sehr schlecht ist, unterliegt keinem Zweifel.

Verfasser dieser Zeilen kennt aber Beispiele, wo von der Selbstständigkeit des Gutsbezirks als Ortsarmenverband ein eigenartiger Gebrauch gemacht wird. Eines schönen Tages wird den ständigen Gutsarbeitern die Wohnung gekündigt; die Verwaltung gebraucht die Räumlichkeiten anderweitig; die Arbeiter sollten ins Dorf ziehen. Die Folge ist sehr einfach; daß die Arbeiter früher aufstehen müssen und später nach Hause kommen, ist der Gutsherrschafft gleichgültig. Sind die abgerackerten Leute aber alt und arbeitsunfähig geworden, so haben sie ihren Unterstüßungswohnort im Dorf und fallen der Dorfgemeinde zur Last.

Wieviel ähnliche Mißstände durch die Selbstständigkeit der Gutsbezirke bedingt sind, entzieht sich der Beurtheilung. Von größtem Werth wäre es, wenn aus ländlichen Kreisen über solche Mißstände berichtet würde.

Daß die junkerliche Polizeigewalt noch schlimmer wirkt, liegt auf der Hand. Niemand außer ihnen selbst kontrollirt die gesundheitlichen Verhältnisse der Wohnungen, die denn auch häufig für Vieh zu schlecht sind — im Gegensatz zu den prächtigen herrschaftlichen Ställen. Die ganze Härte der

Gesinde-Ordnung — und unter ihren Paragraphen seufzt außer dem eigentlichen Gesinde etwa ein Viertel aller Landarbeiter — tritt erst in den Gutsbezirken in die Erscheinung, wo der Arbeitgeber oder sein Angestellter als Polizeiorgan das Recht vorläufiger Entscheidung und zwangsweiser Vollstreckung hat.

Mit vollem Recht schrieb ein Berliner Universitätslehrer im Jahre 1894:

„Die Lage der ländlichen Bevölkerung in diesen Kreisen ist geradezu unwürdig und die Verwaltung ist schlecht. Namentlich auf dem Gebiete der Schule ist die einzige Richtschnur für die Verwaltung die, daß die Höhe der Schullast nicht über das Maß des unbedingt Nothwendigen steige. Statt daß die Gutsbesitzer eine gewisse führende Stellung in dem Verwaltungsleben der ländlichen Bevölkerung einnehmen sollten, sind sie und ihre Gutsbezirke gerade das retardirende Element in der heiligen preussischen Schulentwicklung. Wenn die Anschauungen über das, was man von einer Schule zu verlangen hat, so erbärmlich niedrig geschraubt sind, so sind daran zu einem erheblichen Theil die Gutsbezirke schuld, in denen Wohl und Wehe der Schule in die Hände einer Gesellschaftsklasse gelegt ist, welche um der eigenen Kinder willen an der Volksschule gar kein Interesse hat und deren gesellschaftlicher Einfluß stark genug ist, um ihren Anschauungen bis in die höchsten Kreise hinauf bewußt oder unbewußt Nachdruck zu gewähren. In den Gutsbezirken, in denen die Bevölkerung niemals mit Gemeinde-Angelegenheiten befaßt wird, niemals den Werth gemeinsamer Verwaltungsthätigkeit kennen lernt, da wird der Geist groß gezogen, welcher in den Gutsbezirken aufkommen läßt, als ob sie zum Herrschen geboren wären, und in den Anderen das dumpfe Dahinleben in politischer Beziehung, welche es als natürlich betrachtet, am Tage der Wahl den Stimmzettel abzugeben, den der gnädige Herr in die Hand drückt.“

Hier haben wir es in der That mit einem mächtigen Ueberrest des alten Feudalismus zu thun, der im Interesse des gesammten deutschen Volkes so schnell als möglich mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden mußte! Aber die Macht des ostelbischen Junkertums und seiner Verbündeten ist groß; nicht nur das preussische Herrenhaus ist seine Domäne, — nein, im bisherigen preussischen Abgeordnetenhause fehlten ihm nur wenige Stimmen an der absoluten Majorität. Im Herbst finden Neuwahlen zum Abgeordnetenhause statt, — ein Ereignis, das für ganz Deutschland von allerhöchster Bedeutung ist. Erhält die agrarisch-junkerliche Clique die Majorität, so wird eine Verstärkung der Reaction in Preußen Platz greifen, die auch auf die Entwicklung der Dinge im Reich nicht ohne Einfluß bleiben kann. Hier wäre Gelegenheit für den fast todt scheinenden Liberalismus, sein Leben zu beweisen! Hier hört ihn kein Kampf nach links — hier verschwinden die Gegensätze in Meer- und Marinefragen, die sonst den liberalen Gruppen untereinander als Janitzel dienen! Wird der Liberalismus sich noch einmal aufschwüngen? Wir wollen es abwarten.

Eine neue große Militärvorlage

wird in einem Berliner Artikel nationalliberaler Provinzialblätter für die erste Session des neuen Reichstags angekündigt. Außer der Errichtung eines vierten Eisenbahnregimentes und dreier Telegraphenbataillone wird die Ergänzung der aus den vierten Bataillonen gebildeten Regimente auf drei Bataillone und eine Vermehrung und Neugliederung der Feld-

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.

Uebersetzt von Dr. H. Rosé.

(Die Buchform erschienen bei J. Neuberger & Co., Berlin.)

Rachdruck verboten.

Da bin ich! sagte Madame Marty, nachdem sie sich mit Seifen, Zahnpasten und Schönheitsmitteln reichlich versorgt hatte. Nun bin ich fertig und stehe ganz zu Ihrer Verfügung. Lassen Sie uns Madame de Boves aufsuchen!

Doch auf dem Absatz der großen Mittelstiege wurde sie durch die japanischen Waaren aufgehalten.

Diese Abtheilung war bedeutend vergrößert worden, seitdem Mouret eines Tags, nur mehr des Spases halber, ein Tischchen mit einigen nicht mehr ganz tabellosen Rippfäden aufgestellt hatte, ohne den großen Erfolg zu ahnen, den diese erzielen sollten. Kaum eine andere Abtheilung hatte sich aus so bescheidenen Anfängen entwickelt, und jetzt strömte sie von alten Bronzen, von altem Elfenbein und alten Lackwaaren. Sie erzielte einen Jahresgewinn von 15,000 Francs, und Mouret sandte seine Reiterden nach den fernsten Gegenden des Orients, wo sie für ihn die Paläste und Tempel plünderten.

Überhaupt vermehrten sich die Abtheilungen unablässig; man hatte sogar im December zwei neue eröffnet, um die todtte Saison auszufüllen: eine Abtheilung für Bücher und eine für Kinderpielzeug, von denen mit Sicherheit angenommen war, daß auch sie bald wachsen und benachbarte Geschäfte wegsetzen würden.

Vier Jahre hatten genügt, der japanischen Abtheilung die Landesherrschaft aller kunstverliebten Kreise von Paris zu verschaffen.

Hier rlog auch Madame Desforges, einer allerliebsten

feinen Eisenbeschmücker, trotzdem sie in ihrem Haß sich gelobt hatte, nichts zu kaufen.

— Schiden Sie mir das zu, sagte sie schnell an einer benachbarten Kasse. Neunzig Francs, nicht wahr?

Da sie sah, daß Madame Marty und ihre Tochter Porzellan auswählten, rief sie ihnen zu, indem sie Madame Guibal mit fortzog:

— Wir werden uns im Lesejaal wiederfinden. . . Ich muß mich wirklich ein wenig ausruhen. . .

Im Lesejaal mußten die Damen stehen bleiben.

Alle Stühle um den großen, mit Zeitungen bedeckten Tisch waren besetzt. Dide Herren lasen dort, in die Lehnhühle zurückgelehnt, und dachten nicht daran, so höflich zu sein, den Damen Platz zu machen. Einige Frauen schrieben, tief auf das Papier hinabgebeugt, gleich als ob sie es unter den Blumen ihrer Hüte verbergen wollten.

Madame de Boves war übrigens nicht da, und Henriette begann schon ungeduldig zu werden, als sie Ballagnac erblickte, der gleichfalls seine Frau und seine Schwiegermutter suchte.

Er grüßte die Damen und erklärte auf ihre Frage:

— Sie sind gewiß bei den Spitzen, sie können sich von ihnen nicht trennen. . . Ich will dort nachsehen. . .

In der Spitzen-Abtheilung wuchs das Gedränge von Minute zu Minute.

Die Weißwaaren-Ausstellung feierte hier in Bezug auf Zartheit und Feinheit ihre höchsten Triumphe.

Das war die härteste Versuchung, ein wahrhaftiges Verlangen brachte hier alle Frauen in Verwirrung.

Man hatte die Abtheilung in eine weiße Kapelle umgewandelt. Tüll und Gipszeug rollten von oben herab und bildeten einen weißen Himmel, einen der leichtesten Wolkenfelder, deren feiner Flor die Regenwolke verhält. In den Ecken hingen Gewinde von Wolle, und Palmetten-

Spitzen herab, gleich den weißen Röckchen einer Tänzerin, ein bis zum Fußboden sich erstreckender Schauer. Und überall, auf allen Tafeln schimmerte Schöne, spanische Dionaner, leicht wie ein Hauch, Brüsseler Application mit ihren großen Blumenmustern auf den feinen Maschen, genähte und venetianische Spitzen mit schweren Mustern, Spitzen von Alencon und Brügge von wahrhaft königlicher Pracht, die an kirchlichen Schmuck erinnerten. Der Göttin Mode schien hier ein weißer Altar errichtet zu sein.

Madame de Boves hatte, nachdem sie lange mit ihrer Tochter umhergewandert, das Bedürfnis gefühlt, ihre Hände in Spitzengewebe zu tauchen, und sie hatte sich schließlich entschlossen, sich von Deloche Alencon-Spitzen vorlegen zu lassen; doch sie wünschte echten Alencon und war nicht zufrieden mit den kleinen Garnituren, von denen der Meter 300 Francs kostete, sondern verlangte Haut-volants zu 1000 und Tafelstücher und Fräcker zu 700 bis 800 Francs.

Halb war die Ladentafel mit einem Vermbgen bedeckt. In einer Ecke stand regungslos der Inspector Jouve, der Madame de Boves nicht aus den Augen verlor, und beobachtete sie unausgesetzt trotz seiner gleichgültigen Miene.

— Haben Sie auch genähte Berthen? wannie die Gräfin sich an Deloche. Bitte zeigen Sie mir solche.

Der Commis, den sie schon zwanzig Minuten beschäftigte, wagte nicht zu widersprechen, so sehr hatte ihm ihre vornehme Haltung und ihr gebieterischer Ton imponirt; doch er zeigte einen Augenblick, denn den Verkäufer war empfohlen worden, höhere Spitzen nicht auf der Ladentafel aufzuhängen, und er hatte sich schon in der vergangenen Woche zum Meter Deloche-Spitzen begeben lassen. Ihr Aufsehen vermirrte ihn, er gab nach und vertief einen Augenblick den Herrscher Alencon-Spitzen, um aus einem Haß hinter sich die verlangten Berthen zu holen.

artillerie geplant. Es soll überhaupt die Friedenspräsenzstärke der Bevölkerungszunahme entsprechend gesteigert werden für diese neue Ordnung ein Duinguennat gefordert werden. — Diese Nachrichten, meint die „Freis. Blg.“, widersprechen direkt früheren Erklärungen der Regierung, insbesondere denjenigen, welche bei der Beratung der Flottenvorlage abgegeben worden sind.

Am 14. December 1897 erklärte der preussische Kriegsminister v. Gölter im Reichstage bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats: Die theilweise Neuorganisation der Infanterie habe erst 1897 stattgefunden, und er glaube nicht, daß man sich zu einer Vermehrung der Zahl der Infanteriebataillone entscheiden wird.

Die „Villa Bebel“

Die Internationalität des Capitalismus befindet sich am schlaendst und würdigsten durch die Internationalität seiner Lügen und Verleumdungen. Die „Villa Bebel“ drängt in den französischen, belgischen, italienischen Zeitungen und wird sogar auch die amerikanischen nicht. Folglich sie steht nicht am Züricher See, macht sie doch, gleich der Antike, die Kunde durch die Welt; aber in Begleitung. Genosse Jaurès, der von Haus aus wohlhabend ist, hat sich ein Schloß gekauft, und dieses Schloß wird nun — zunächst in der französischen Presse, auf die es aber nicht lange beschränkt sein wird — zusammen mit der „Villa Bebel“ von den hieheren frommen, die Augen verdrehenden Bourgeois den von ihnen ausgesetzten Arbeitern gezeigt: „Seht, so leiden eure Führer! Von eurem Schweiß müssen sie leben! Von eurem sauren verdienten Groschen bauen sie sich Villen und Schlösser!“

Ach, wenn die Komödie nicht gar zu hochhaft und niederträchtig wäre, man müßte über die Dummheit lachen, welche sie so unheimlich und riesengroß die Dummheit sich einbildet, auf welche sie so erfüllt. Halten die Herren Bourgeois denn die Arbeiter für Idioten? Glauben sie, daß die Arbeiter nicht wissen, von wem sie ausgebeutet und unterdrückt werden? Glauben sie, daß die Arbeiter ihre Feinde und Freunde nicht kennen?

Glauben sie, daß die französischen Arbeiter, die seit Jahren sehr, wie James, weil er die Rechte der Arbeiter vertritt, auf die Schmach der Verleumdung und Verfolgung ist — ihm den Rücken kehren, weil er, der dem Proletariat sein Leben gewidmet hat, nicht als Proletariat geboren ist? Glauben sie, daß die deutschen Arbeiter, an deren Spitze, in deren Mitte, Bebel seit länger als dreißig Jahren kämpft, ihren Vorkämpfer, der seinen Opfertum und seine Selbstlosigkeit durch sein ganzes Leben so glänzend bewiesen, und man sich Jahr um Jahr seinen Namen für die Sache der Arbeiter im Gedächtnis hat zubringen müssen — glauben sie, daß die deutschen Arbeiter es glauben, Bebel sei ein Ausrunder und Bourgeois geworden? Glauben sie, es gebe auch nur einen deutschen Arbeiter, der, wenn ihm erzählt wird, Bebel bereichere sich auf Kosten der Arbeiter, nicht entrückt aufspricht: Das ist gelogen!, und den sich nicht durch die Leute, daß Bebel zwar nicht reich, aber doch wirklichlich unabhängig ist?

In diesem Artikel an die niedrigen Triebe und Leidenschaften der Menschen — und andere kennt diese Eildarstellung des Capitalismus ja nicht die Alles nach sich selber drückt — kommt auch die große Unwissenheit der Masse zum Ausdruck, die von dem Reizen des Socialismus keine Ahnung hat. Die Herren sind offenbar der Ansicht, die Socialisten wollten die Gleichheit der Menschen im Glanz, und sie verlangen, daß jeder, dem es heute noch verhältnismäßig gut geht, sich freiwillig zum Proletariat mache. Als ob dadurch das Glück der anderen irgend gemindert werden könnte! Wir Socialisten wollen Gleichheit, aber wir sind keine Gleichmacher; wir wollen die Ungleichheiten der Capitalistischen Welt.

Wir wünschen, daß es jedem wohl ergehe, und je mehr Menschen es heute schon wohl ergeht, desto lieber ist es uns. Und ist ein Genosse von Haus aus wohlhabend oder ist es ihm durch seine Thätigkeit und seine Arbeit? Gehörten, zu Wohlstand zu gelangen, so freuen wir uns und bedauern nur, daß solcher Genossen nicht mehr sind. Wir hoffen den Ausbeuter; und wenn die Soldaten der Ausbeuterklasse den Arbeitern weichen wollen, die Genossen Bebel und James sein auch Ausbeuter, so haben die Arbeiter für sich altherren Schwindel nur das Schicksal der Bedrückung.

Wenn wir aber der Sache überhaupt erwähnt haben, so geht es nicht um einen Bebel und James zu vertheidigen oder zu entschuldigen, sondern um die Dummheit und Niedertracht der Urheber dieser Eigencombatt vor dem Forum des öffentlichen Urtheils und vor der gesammten Arbeiterwelt zu brennen.

Wahlstatistisches.

Es wird für unsere Leser von Interesse sein, zu sehen, in welcher Weise unsere Partei sich an ihren Hauptzweigen bewährt hat. Wir geben deshalb nachstehend eine Zusammen-

*) Und höher nicht durch die Berechnungen. Diese Zahlen, von denen Bebel sich berufen hat, sind etwas sehr fraglich, und meistens hat Bebel auf diese Zahlen verzichtet.

— Sieh doch, Mama, sagte Klara, die in einem Carton voll billiger Balerienas wühlte, das könnte man an Kopfscheiben verwenden.

Madame de Doves gab keine Antwort.

Als das Mädchen sich zu ihr umwandte, sah sie, wie die Mutter, mit beiden Händen in den Spitzen mühsam, einen Bolzen Altona-Explosiv im Harnal ihres Mantels verknüpfen ließ.

Es schien dadurch nicht überrascht zu sein, trat vielmehr lächelnd näher, um sie zu decken, als ob sie sich für sie bedauerte.

Er mochte sich zum Dir der Götter und Kaiserin zu beugen.

— Madame, ich bitte, mir zu folgen.

— Deshalb denn, mein Herr?

— Ich bitte, mir zu folgen, Madame, wiederholte der Inspektor, ohne weiter zu sprechen.

Reichlich, war, sie einen raschen Blick um sich. Dann sagte sie sich, nahm wieder ihre lange Wäsche an und ging wieder hin, wie eine Königin, die sich der Dämonen wehren muß.

Von den Verführerinnen hatte keine den Vorzug bewahrt.

Als Delage mit den Berthen zur Lebensinsel zurückkam und die Dame suchte, sah, blieb er mit offenem Munde stehen.

Wie! Auch diese! Diese verschönte Dame! Da sah sie nur noch einen Mann, der sich nach ihr umwandte!

Denk, um die sich niemand kümmert, folgt von Seiten der Mutter.

Er sah sie in das Zimmer des Kommandanten treten und begab sich, wie der Thier auf sich ab zu gehen.

Denk, der Kommandant hatte sich abgesetzt, so sah sie in seinem Zimmer.

stellung der Wahlkreise, in denen wir bei der letzten Wahl die absolute Majorität errungen haben und wo demnach unsere Candidaten im ersten Wahlgang gewählt worden sind, und fügen die Verhältniszahlen unserer Stimmen bei früheren Wahlen hinzu:

| | im Wahlkreis: | bei der Wahl im Jahre: | | | |
|----|-------------------|------------------------|-------|-------|-------|
| | | 1898 | 1893 | 1890 | 1878 |
| 1 | Berlin IV. | 73,08 | 71,39 | 72,48 | 56,95 |
| 2 | Hamburg II. | 72,33 | 66,37 | 66,98 | 62,25 |
| 3 | Altona | 70,50 | 63,80 | 62,09 | 58,44 |
| 4 | Berlin VI. | 67,54 | 63,50 | 62,19 | 51,55 |
| 5 | Leipzig-Land | 64,88 | 63,72 | 61,33 | 49,05 |
| 6 | Hamburg I. | 63,95 | 57,93 | 58,75 | 52,50 |
| 7 | Gemisch. | 62,48 | 60,81 | 62,48 | 45,70 |
| 8 | Münster | 61,91 | 57,16 | 56,41 | 51,91 |
| 9 | Glauchau | 60,66 | 65,01 | 60,20 | 42,09 |
| 10 | Breidenb. | 60,47 | 55,55 | 57,00 | 46,95 |
| 11 | Stollberg | 59,93 | 61,06 | 57,90 | 33,05 |
| 12 | Mühlhausen i. G. | 58,11 | 53,09 | 63,44 | 2,56 |
| 13 | Reuß i. L. | 58,10 | 57,15 | 50,39 | 34,68 |
| 14 | Hamburg III. | 57,78 | 56,01 | 53,19 | 45,86 |
| 15 | Sachsen | 55,34 | 48,45 | 45,41 | 33,41 |
| 16 | Reuß a. S. | 55,12 | 56,55 | 51,37 | 41,08 |
| 17 | Hannau | 55,06 | 42,08 | 38,63 | 24,54 |
| 18 | Ostpreußen | 54,97 | 49,27 | 44,69 | 34,77 |
| 19 | Sachsen-Land | 54,75 | 48,39 | 46,08 | 34,09 |
| 20 | Niederrhein | 54,36 | 45,94 | 45,27 | 22,43 |
| 21 | Auerbach | 53,15 | 53,81 | 48,53 | 32,19 |
| 22 | Breslau II. | 53,14 | 51,81 | 46,52 | 36,18 |
| 23 | Pinneberg | 52,73 | 49,63 | 43,53 | 28,33 |
| 24 | Hannover | 52,22 | 45,93 | 44,44 | 36,75 |
| 25 | Königsberg i. Pr. | 52,15 | 45,25 | 49,31 | 36,60 |
| 26 | Usterfeld | 52,05 | 46,57 | 51,46 | 46,47 |
| 27 | Saxa | 51,70 | 53,18 | 46,07 | 38,52 |
| 28 | München II. | 51,69 | 56,55 | 52,31 | 36,50 |
| 29 | Magdeburg | 51,28 | 46,42 | 50,22 | 40,09 |
| 30 | Sonneberg | 51,12 | 55,27 | 41,04 | 28,41 |
| 31 | Stuttgart | 51,06 | 42,30 | 37,21 | 16,15 |
| 32 | Frankfurt a. M. | 50,82 | 43,68 | 42,20 | 34,08 |

Dazu käme dann noch als Nr. 33 Solingen, wo Scheidemann 27,42 und Schumacher 23,37 pSt., zusammen also 50,79 pSt. erhalten haben, das aber durch die bekannten Umstände zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten in der Stichwahl verloren gegangen ist.

Von den 1893 im ersten Wahlgang genommenen Kreisen haben wir Braunschweig und Breslau I diesmal erst in der Stichwahl behauptet, Mühlhausen und Kiel aber verloren. Die Liste zeigt vielfach erfreuliche Fortschritte. Die ökonomische Entwicklung und die Aufklärung der Geister werden bewirken, daß diese sich von Wahl zu Wahl vergrößern.

Gegen die mechanische Bekämpfung gefährlicher Ideenbewegungen

„Die Volks-Blg.“, indem sie den Satz aufstellt, der Irrthum könne nur durch die Wahrheit überwunden werden. Es seien nur „Heine Mittel“, wenn man die Socialdemokraten aus den Arbeitervereinen ausschliesse und den Postbeamten eine Abkürzungsformel vorlege. Der Erfolg werde auch keineswegs den gehegten Erwartungen entsprechen; sie urtheilt darüber: „Man kann durch solche Zwangsmittel wohl Kinder von verbotenen Dingen abhalten, aber Erwachsene, die sich einmal an den socialdemokratischen Ideen berührt haben, werden durch solche erzwungene Temperenz wohl nur in seltenen Fällen gehindert, sondern hinter dem Rücken die Faust hollen und Hände schüttern.“

Auch die Bejeitigung der geheimen Abkürzung würde zu der mechanischen Bekämpfung der Socialdemokratie zu rechnen sein.

Schon wohl. Aber die Centralpresse thäte doch besser, von „Ueberwindung des Irrthums durch die Wahrheit“ nicht zu sprechen. Denn was ist der ultramontane hege. kirchliche Aberglaube „Irrthum“ und „Wahrheit“? Was kommt für die Entscheidung des Kampfes zwischen dem wirklichen Irrthum und der wirklichen Wahrheit nicht in Betracht. Und welche Gesährdung hat denn wohl mehr und rücksichtsloser sich die rein mechanische hege. gewaltthätige Bekämpfung sogenannter „gefährlicher“ Ideen anzulegen, als die christlich-katholische Hierarchie? Ist die Verdrängung der Schule, die unter Ultramontanen erachtet, denn kein mechanisches Mittel zur Unterdrückung der Geister? Und sind die Anschläge, die gelegentlich der Bekämpfung der „Ultramontanen“ vor vier Jahren und bei anderen Gelegenheiten von den Centralorganen gemacht wurden und zur Bekämpfung des Ultramontanismus und der Socialdemokratie, das darauf beruht gewesen, der Geistesfreiheit die Entscheidung anzuvertrauen? Ganz genau nicht! Der Ultramontanismus wendet sich immer nur gegen die mechanischen Kampfmittel, die er gelegentlich selbst zu fürchten hat.

Zur Frage der neuen Handelsverträge. Fortschritt machen in der Frage der neuen Handelsverträge ist die Meinung des Zollministeriums für die neu abgeschlossenen Handelsverträge hegen. In dieser Richtung geht der „R. A. G.“ um gleichzeitiger Seite in Richtung zu, daß im Reichstagesamt die Anträge für den Entwurf einer neuen Zolltarif schon seit einiger Zeit im Gange sind, daß aber die Festsetzung bestimmter Zollsätze bisher noch nicht erfolgt ist. Reichliche Erfahrung hat die Sozialisten im Reichstagesamt in erster Linie darauf, für den neuen Zolltarif einen Entwurf anzubereiten, der materiell und formal den Interessen der Industrie und des Handels hinsichtlich der Festsetzung der einzelnen Positionen entspricht. Erst wenn diese Arbeit beendet sein wird, kann es eine Entscheidung der einzelnen Zolltarife herangebracht werden.

Wirtschaftliches Leben bei uns einzuführen und zu verhandeln ist schmerzhaft mit dem agrarischen Reichthum der Art. Da ist ganz interessant, was über die Geschichte der Kornhaus-Genossenschaft in 28 Bänden in Cassel bekannt ist. Diese von Reichlich-Verleger geleitete Genossenschaft hat sich schon vor einiger Zeit den Versuch gemacht, in den, daß sie amerikanischen Dingen ein- und verkauft habe. Demnach magte man die

Ausrede, der Director der Genossenschaft habe privatim ohne Wissen des Vorstandes gehandelt. Jetzt erfährt aber die „Oberlaus. Volksbote“, daß die Kornhaus-Genossenschaft vor zwei bis drei Wochen wieder amerikanisches Getreide, und zwar diesmal amerikanischen Weizen gekauft und an die Mühle der Umgegend wieder verkauft hat.

Die Löbauer Kornhaus-Genossenschaft ist also weit nichts als eine Getreide-Handelsfirma, die ebenso gut Handels- und Speculationsgeschäfte betreibt wie jeder andere Getreidehändler; nur mit dem Unterschied, daß die Getreidehändler nicht mit Staatscredit zu 2 1/2 Procent, wie die Kornhaus-Genossenschaft, sondern mit eigenen Mitteln arbeiten. Von den Wahlen ereiferte sich der conservative Candidat im Wahlkreis Löbau, Förster-Spremburg, in erster Reihe gegen das ausländische Getreide und seine Freunde von der Kornhaus-Genossenschaft unterstützten ihn dabei. Aber Herr v. Heldreich, welcher vor der Reichstagswahl gegen die Börse und gegen die Getreidejuden, wie er sich mit Vorliebe ausdrückte, losbrennte, derselbe Herr v. H. ist es, der als Vorsitzender der Kornhaus-Genossenschaft durch den Handel mit ausländischen Getreide auf die einheimischen Getreidepreise einen Druck ausübt.

Das Petitionsrecht der Beamten und denuncirende Abgeordnete.

Herr Schweinburg, der Officius des Herrn Miquel, hat vor einiger Zeit das Petitionsrecht der Beamten zum Gegenstand seiner Angriff gemacht. So wie der Meister im Abgeordnetenhaus hat sein litterarischer Diener es als äußerst bedenklich, als die Vernichtung der Disciplin bezeichnet, wenn die Beamten sich in Massenpetitionen an die Volksvertretung wenden. Von verschiedenen Seiten wurde daraufhin an Vorgänge in der letzten Reichstagsession erinnert und an die Entrüfung, die die disciplinäre Bestrafung mehrerer Reichseisenbahnbeamten wegen einer Petition an den Reichstag bei den Volkstretretern erregt hatte. Die Namen waren vom Directionsbureau des Reichstags ohne Wissen des Präsidenten der Regierung mitgetheilt worden. Es wurden nun scharfe Maßregeln getroffen um ähnliche Vorkommnisse für die Folge zu verhüten. Der Regierung sollen vor nun an die Petitionen nur unter Weglassung der Unterschrift mitgetheilt werden. Das Stöcker'sche „Volk“ sieht in der Maßregel keinen Schutz für die Beamten. Es meint: „Wir glauben doch, die Beamten würden gut thun, nicht zu sehr auf Geheimhaltung ihrer Unterschrift zu rechnen. Denn jeder Abgeordnete kann die Namen der Petenten leicht erfahren und sie, wenn er will, der Regierung mittheilen. Officiöse Helfer giebt es auch im Reichstage. Einer dieser officiösen Helfer hat sich selber als solcher bekannt. Freiherr von Stumm hat, woran jetzt erinnert wird, seiner Zeit im Reichstag offen erklärt:

„Meine Herren, wer hindert denn das einzelne Mitglied, die Namen der Petenten der Regierung mitzutheilen, wenn es in der Petitionscommission sitzt? Ich würde mich durch den Beschluß des Hauses gar nicht hindern lassen, die Namen mitzutheilen, wenn ich es im Interesse der Aufklärung der Sache für nothwendig halte.“

Der Genralge von der Saar erklärte sich also bereit zu solch denuncirender Thätigkeit. Hoffentlich wird dafür geforgt, daß Herr von Stumm nicht in die Petitionscommission gewählt wird.

Von den Hoch- und nicht Hochgeborenen.

Wie bekannt, hat der Finanzminister v. Miquel in der jüngsten Zeit angeordnet, daß im schriftlichen Verkehr der Behörden mit den einkommen- und ergänzungssteuerpflichtigen Personen das vulgäre Prädikat „Wohlgeboren“ weggelassen soll, während die Prädikate „Hochwohlgeboren“ und „Hochgeboren“ in „geeignet erscheinenden Fällen“ nach wie vor zur Anwendung kommen sollen. Gelegentlich dieses Kampfes um die Behörtheit, der einen Beitrag zu unserer Culturgeschichte bildet, in der Finanzminister kürzlich im vertrauten Kreise über die Gründe für die neue Anordnung befragt worden. Herr v. Miquel soll erwidert haben, die Prädikate „Hochwohlgeboren“ und „Hochgeboren“ müßten da angewandt werden, wo man wisse, daß der Briefempfänger noch Werth auf diese vorhistorische Bezeichnung lege, das Prädikat „Wohlgeboren“ müsse aber unbedingt weggelassen, weil es einen Pleonasmus enthalte, denn wohl geboren seien wir alle, sonst wären wir ja nicht da. — Also eine Concession an diejenigen nicht alle werden die „noch“ auf vorhistorische Standpunkte stehen! Nun weiß jeder, was er von sich zu halten hat, wenn ihm mit dem Prädikat „Hochwohlgeboren“ — geschmeichelt wird!

Ausland.

Zola's Verurtheilung.

Zola ist Montag vom Versailler Gerichtshof zum zweiten Mal verurtheilt worden. Das Urtheil lautet ebenso wie jenes des Pariser Gerichtes auf ein Jahr Gefängniß, das schärfste Strafmass, das das französische Strafgesetz bei Ehrenbeleidigungen bestimmt. Die Verurtheilung Zola's ist, so schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“, geeignet, ganz abgesehen von ihrem Zusammenhange mit der unseligen Dreyfus-Affaire und dem Kampfe gegen die Selbstherrlichkeit der Generalität, den Antheil und das Mitgefühl der ganzen gebildeten Welt herbeizurufen. Denn unter den hervorragenden Männern Frankreichs trägt keiner einen glänzenderen Namen als Zola, er ist unter den Dichtern und Romanschriftstellern des heutigen Frankreichs unumwunden der verbreitetste, gelehrte und bedeutendste. Gewiß sprechen auch das Genie und die größten räthselhaften Thaten des Geistes von der Bewundlichkeit nicht frei, die jeden den Gesetzen des Landes unterwirft, und die Rechtsprechung hat das Urtheil ohne Ansehen der Person zu fällen. Wenn aber persönliche Ehre und Recht und Gesetz die Grundlage der Gerechtigkeit bilden, so wird jede Abweichung vom strengen Recht zum so sehreren Frevel, wenn sie einen Mann betrifft, dem sein Volk a Dank und Ehrfurcht verpflichtet ist. Durch nichts entschert sich ein Volk tiefer als dadurch, daß es gegen die Anwesenheit des Geistes und des Verdienstes schändes Unrecht verübt. Das aber ist in dem Proceß gegen Zola geschehen, eben wie in dem ersten Proceß vor dem Pariser Gerichtshof in 1894.

möglich noch in offenkundiger, gehässiger Weise. Mögen die französischen Regierungen, die Gerichte, mag die Mehrheit des französischen Volkes Dreyfus für schuldig, Esterhazy für einen Ehrenmann, die von den Kriegsgerichten gegen beide gefällten Urtheile für gerecht und unumstößlich halten, mögen sie, gebildet vom Chauvinismus, von der Revanchelust, von der seit Jahrhunderten geübten Anbetung des Kriegsrühms und der Arme, eine Verleumdung des Heeres oder vielmehr seiner hohen Offiziere als einen Angriff auf das Heiligste ihres nationalen Empfindens betrachten: das bietet, wenn wir den Begriff eines Rechtsstaates noch festhalten wollen, noch keine Entschuldigung dafür, daß gegen den angeblichen Verleumder der Armee ein Rechtsverfahren eingehalten wird, das nichts Anderes als die Ausübung eines brutalen Racheactes in der heuchlerisch erborgten Form des Rechtes bedeutet. Zola hat einen offenen Brief an den Präsidenten der Republik gerichtet, der gegen die höchsten Offiziere der Armee schwere Beschuldigungen ausspricht. Die beleidigte Ehre der Angegriffenen fordert Sühne. Immerhin. Aber wer will es rechtfertigen, daß nun nicht dieser Brief selbst, sondern ein paar aus dem Zusammenhange gerissene Zeilen zur Grundlage der Anklage genommen, und die Vertheidigung bloß auf diese willkürlich oder vielmehr mit Arglist herausgegriffene Stelle beschränkt wird? Und da diese wenigen Zeilen der Vertheidigung doch noch einigen Anhalt boten, tritt die Anklage nach Cassation des Urtheils zum zweiten Mal vor das Gericht mit einer einzigen Zeile aus dem vielen seitens des Präsidenten Briefe. Wegen der Worte: „Das Kriegsgericht sprach Esterhazy auf Befehl frei“ wurde Zola Montag zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt. Diese Worte hat Zola nie geschrieben, denn sie stehen im Zusammenhang einer längeren Anklage gegen das Militärgericht, gegen dessen einzelne Mitglieder, gegen den obersten Generalstab, nirgends aber allein und als selbstständiger Gedanke formuliert. „Mit ein bis zwei aus dem Zusammenhange gerissenen Sätzen bringe ich den ehrlichsten Mann an den Galgen“, so lautete das Lieblichsprüchlein des brüchigen Fouqué, der als Polizeiminister die schamlose Spitzelmirtschaft der napoleonischen Despotie leitete. Diesen Grundsatz haben die Gerichte der Republik der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu dem ihrigen gemacht und betätigen ihn nicht gegenüber dem oder jenem ehrlichen Manne, sondern gegenüber dem ersten und bedeutendsten unter den lebenden Schriftstellern Frankreichs.

Die Anklage gegen Zola hebt nur einen Satz aus seinem Briefe heraus; an diesem Satz sollte der Angeklagte, das war die Absicht des Präsidenten des Gerichtshofes, festgenagelt werden, weil da jede Vertheidigung ausgeschlossen blieb. Zola konnte nichts Anderes thun, als was er that: den Gerichtssaal verlassen, wo das Recht zur Magd der brutalen Gewalt erniedrigt wird. Wenn zuliebe dieses unerhörte, die französische Rechtspflege tief entehrende Verfahren eingeschlagen worden, sagt der Gerichtshof in der Begründung seines Urtheils offen und ungeschönt: Das Vorgehen Zola's schädigt das Ansehen der Armee und gefährdet die Disciplin der Soldaten. Die militärische Disciplin mag eine noch so schöne und wichtige Sache sein, sie mag den französischen Republikanern als die wichtigste Grundlage ihres „Freistaates“ erscheinen, so steht doch das Eine fest, daß die Gerichte nicht dazu da sind, sie zu wahren. Sie haben über dem Recht zu wachen, die Verletzung des Gesetzes zu verfolgen und die Wahrung der Disciplin dem Offizierscorps zu überlassen, dessen Sache sie ist. Und doch ist selbst diese Begründung verlogen, deren die Anklage ließ doch aus dem Briefe Zola's alle die anderen viel schwereren, der Disciplin viel gefährlicheren Stellen fort und faßt nur die eine, die der Vertheidigung keine Handhabe bot. Die Verurtheilung Zola's auf Grund dieses Verfahrens ist die widerwärtigste Verhöhnung des Rechts, die sich denken läßt. Wenn die Menge auf der Straße, wenn die angesehensten Blätter von Paris und wie es scheint, die Mehrzahl des französischen Volkes, so weit es politisch empfindet, diesem Urtheil jubelt, dieser rechtslosen Züchtigung seines größten Schriftstellers, der es gewagt, gegen die Abgötter der militärischen Eitelkeit der Franzosen sein Wort zu erheben, so wirkt der heutige Prozeß gegen Zola auf das ganze heutige herrschende Frankreich einen schweren Schatten und zugleich, da ein wirklicher Wähler des französischen Ruhms wegen einiger goldbetriebter Schlachtenverlierer und Säbelträhler mißhandelt wurde, den Fluch der Lächerlichkeit.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die Aussicht auf baldige Beendigung des spanisch-amerikanischen Krieges ist wieder geringer geworden; sowohl von amerikanischer wie von spanischer Seite wird gemeldet, daß man vom baldigen Friedensschluß weiter als je entfernt sei. Die Vereinigten Staaten sind entschlossen, den Krieg kräftig fortzuführen. Für die Verwaltung der eroberten Provinz Santiago sind besondere Maßnahmen durch einen Erlaß des Präsidenten Mac Kinley bereits angeordnet worden. Allem Anschein nach haben die Amerikaner nunmehr die Befreiung von Manzanillo begonnen. Für den Zug nach Porto Rico werden eilig Vorbereitungen getroffen. Zum Angriff auf die spanische Küste soll das Geschwader Watsons, wie jetzt gemeldet wird, Ende dieser Woche nach Spanien abgehen.

Die Beschießung von Manzanillo, des westlichen Hauptlagens von Südost-Cuba haben die Amerikaner am Dienstag begonnen. Nach einer Meldung aus Havana begannen um 10 Uhr sieben amerikanische Kriegsschiffe die Beschießung. Durch das heftige Feuer wurden drei der Linie Renedez gehörige Dampfer in Brand gesetzt. Spanische Kanonenboote, die im Hafen lagen, liefen aus, um die Stadt zu vertheidigen, strandeten aber. Das Ergebnis des Bombardements ist noch nicht bekannt. Diese Meldung hat von anderer Seite eine Bestätigung noch nicht erfahren. Wie verlautet, soll in Manzanillo eine starke spanische Garnison unter General Scharios stehen.

Für die Expedition nach Puerto Rico werden bereits Vorbereitungen getroffen. Eine nachfolgende Meldung des „Globe“ zu Folge wird der Landung der nach Puerto

Rico bestimmten Expedition eine Blockade der Insel vorausgehen, die vor Ende dieser Woche hergestellt sein wird; Admiral Sampson ist angewiesen, ein Blockadegeschwader von sechs Kreuzern und mehreren Kanonenbooten zu bilden. Ein Einbruchsheer von 21,500 Mann werde in der zweiten Woche des August landen und die Occupation werde vor sich gehen, ob Friedensunterhandlungen im Gange seien oder nicht.

Ueber Watsons Geschwader und seine Abreise nach Spanien sind bisher unrichtige Mittheilungen verbreitet worden. Während gestern gemeldet wurde, das Geschwader werde am Dienstag bereits vor Tanger erwartet, heißt es jetzt in einer Depesche aus Washington: Es sind Befehle gegeben worden, dahingehend, alle Vorbereitungen derart zu vervollständigen, daß das Geschwader Watsons Ende dieser Woche nach Spanien abgehen kann. — Die Vertheidigungsarbeiten werden in allen spanischen Häfen eifrig fortgesetzt. Die Regierung hat das Auslösen des Leuchtturmes von Mahon angeordnet. Es verlautet, in Saragossa herrsche eine gewisse Bewegung; die Erhöhung der Octroiabgaben ruft eine gewisse Unzufriedenheit hervor, besonders unter der ländlichen Bevölkerung. — Die maroccanische Regierung zieht in der Nachbarschaft von Celta und Melilla beträchtliche Truppenmassen zusammen, um die Grenze zu bewachen und die Neutralität wahren zu können.

Frankreich. Der Haftbefehl gegen Zola und Perreux soll, dem „Echo de Paris“ zufolge, bereits unterzeichnet sein; doch werde der Haftbefehl, wie das Blatt meint, erst ausgeführt werden, nachdem beiden das Urtheil persönlich zugestellt sein wird. Wie es heißt, wird Zola demnächst eine Reise nach Norwegen antreten. Der nächste Prozeß dürfte erst Ende October stattfinden. — Während der Rauereien in Versailles am Montag sind 27 Verhaftungen vorgenommen worden, von denen sieben aufrecht erhalten worden sind.

Ein Neger als socialistischer Abgeordneter. Der socialistische Deputirte für die französische Colonie Guadeloupe ist ein Vollblut-Neger. Er ist auf das socialistische Parteiprogramm hin gewählt und trägt, nach Negerart, einen volltönenden lateinischen Namen, und zwar, in seltsamem Kontrast mit seinem Glaubensbekenntniß, den Namen Legitimus. Wie Genosse Lavioue dem „Vorwärts“ aus Bordeaux schreibt, ist Legitimus am 14. Juli dort mit dem Paketboot angekommen und hat sich sofort den Duvrier vorgestellt. Er ist organisirter Genosse der Partei Douvriert und der erste Neger, der in Europa das Mandat eines Abgeordneten inne hat. Mulatten, also Mischlinge waren allerdings schon früher in der französischen Kammer.

Italien. Vom Kriegsgericht in Mailand. Die Arbeit des Kriegsgerichtes war am 16. Juli furchtbar. 142 Jahre 1 1/2 Monat Kerkerstrafe, 9 Jahre polizeiliche Ueberwachung wurden über 56 Personen verhängt, die mit Strafen von 1 Monat bis zu 12 Jahren sogenannte Aufreizungen zum Klassenhaß, Fenstereinwerfen, Ungehorsam gegen die Obrigkeit zu büßen haben. 49 Verurtheilte waren Arbeiter aus Luino am Lago Maggiore, ferner ein Fabrikbesitzer, der socialistischen Grundsätzen huldigen und am Luiner Broitrawall besonders Schuld haben soll.

Italienische Freiheit. Aus Neapel wird unterm 18. Juli gemeldet: Das Kriegsgericht verurtheilte heute den Director des Journals „Mattino“ in Neapel, Scarfoglio, wegen Abdruck eines Artikels des Journals „Il Secolo“ in Mailand zu acht Monaten Gefängniß und 700 Lire Geldstrafe.

Mien. Vom chinesisch-französischen Zwischenfall. Aus Shanghai wird dem Reuterschen Bureau vom 18. Juli telegraphirt, daß der durch die Unruhen in Ningpo hervorgerufene Stillstand des Geschäftslebens andauert. 22 städtische Banken haben zeitweilig den Betrieb eingestellt. Der Vicekönig von Hankang hat drei hohe Beamte nach Shanghai entsandt, um die Looat bei der Regelung der Streitigkeiten mit den Franzosen zu unterstützen.

Die Proletarierinnen und der neue Reichstag.

In der neuesten Nummer der „Gleichheit“ wird die Frage aufgeworfen: Was haben die Proletarierinnen von dem neuen Reichstag zu erwarten? Darauf wird geantwortet:

Auf der Bank der Gesetzgeber sitzt Alles in Allem die nämliche reactionäre Majorität — wenn auch durch Peter statt durch Paul vertreten — die durch ihre Behandlung oder richtiger Mißhandlung der Fraueninteressen gelegentlich der Beratungen des neuen bürgerlichen Gesetzbuchs mangelnde Einsicht und mangelnden guten Willen für die einschlägigen zeitgemäßen Reformen erwies. Ausschlaggebend im neuen Reichstage ist die nämliche reactionäre Majorität, die bisher bei wohl begründeten Forderungen der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter nichts Anderes entgegenzusetzen mußte als die rührseligen platten Gemeinplätze des bezopften Spießbürgers, die geschmacklosen billigen Spitzereien des Alltagswibbels oder aber die Unkenntnis und Verbächtigungen der geschworenen Feinde jedes geschichtlichen Fortschritts. Zum Narren werden würde die Proletarierin, wollte sie hoffen und harren auf die Sicherung ihres Rechts als Person, auf die Zuerkennung ihres Rechts als Staatsbürgerin durch die neu einziehende Reichstagsmehrheit.

Es mögen sich innerhalb der bürgerlichen Parteien einzelne Herren finden, die bereit sind zu kleinen Concessibanden an „Damenforderungen“ — besonders in Betreff höherer Bildung und Berufstätigkeit — an augenscheinlich ist ja die steigende materielle und geistig-sittliche Noth weiter bürgerlicher Frauenkreise, die nach sicherem und standesgemäßen Lebensunterhalt und nach höherem Lebensinhalt verlangen. Allein abgesehen von der socialdemokratischen Partei wird es nicht einmal eine satirische Minderheit geben, die im neuen Reichstag für die volle sociale Gleichberechtigung der Geschlechter eintritt. So wird die Stellung der Proletarierin als Person nach dem alten Spruche abgeschritten bleiben: „Er (der Mann) soll dein Herr sein.“ Ihre Stelle als Staatsbürgerin aber

wird nach wie vor die einer Unmündigen sein, deren „Recht“ die Rechtslosigkeit ist. Vergebens wird auch in den nächsten fünf Jahren die Sprache verhalten, die die Berufsstatistik betreffs der Nothwendigkeit der socialen Emancipation der Frau redet. . . .

Wohl darf sie (die Proletarierin) in Folge des Ausfalls der Wahlen eins hoffen: der Drei der Meuchelung des Coalitionrechtes dürfte kaum so heiß gegessen werden, als ihn Herr v. Posadowsky nach Stumm'schen Recepten sofort nach Zusammentritt des neuen Reichstags zu locken verhielt. Es ist dies von besonderer Wichtigkeit für die Proletarierin, die als Arbeiterin meist unter ungünstigen Bedingungen für länglichen Lohn frohbet und behufs Vertheidigung ihrer Interessen gegen das Ausbeuterthum den Rückhalt einer starken Gewerkschafts-Organisation noch dringender bedarf, als selbst der Mann.

Allein die Aussichten auf eine organische Weiterführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes schrumpfen Angesichts der neuen Reichstagsmajorität auf Null zusammen. Conservative und Nationalliberale sind von vornherein geschworene Feinde des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Die bürgerlichen Demokraten sind seine Gegner oder besten Falles seine sehr lauen Freunde. Und das ausschlaggebende Centrum hat bisher zwar schiefweise arbeiterfreundliche Versicherungen ausgetheilt, aber nur löffelmäßig socialreformistische Thaten folgen lassen. Mögen sich die Proletarierinnen der überaus schädigen Haltung dieser Partei bei Beratung des socialdemokratischen Antrags auf Einführung des Achtstundentages erinnern!

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung wird die neue Reichstagsmajorität das kapitalistenfreundliche Regierungsprogramm nicht verbessern, sondern eher verbessern. Die so nöthige Reform der Unfallversicherung unterbleibt sicherlich, nachdem der Chor der Markt- und Kapitalmillionäre von Ausbeutungsgnaden stillschweigend entlastet über die dem Kapitel angeblich aufgebürdeten starken Lasten gemurmelt hat. Die Invaliditäts- und Altersversicherung wird nicht den proletarischen Interessen entsprechend reformirt werden, vielmehr nach den Herzenswünschen der beehrlichen Herren Agrarier. Von dem dringenden Ausbau der Krankenversicherung ist seitens der Regierung nicht einmal die Rede, und die bürgerliche Majorität wird schwerlich zu einem Vorgehen anspornen oder die Initiative ergreifen.

Gewiß kann die Proletarierin, heißt es dann am Schlusse des Artikels, einer festen Ueberzeugung sein: die socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten werden allseitig pflichttreu auf Posten stehen, um die Rechte und Interessen des weiblichen Geschlechts und des arbeitenden Volkes zu vertheidigen. Aber in welchem Maße ihr Kampf Erfolg hat, das hängt in letzter Instanz nicht ab von der Zahl der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag, auch nicht von dem mehr oder minder großen Geschick ihres Vorgehens und der größeren oder geringeren Ueberzeugungskraft ihrer Argumente, so wenig die Bedeutung all dieser Faktoren unterschätzt werden darf. Für den siegreichen Kampf ist vielmehr in erster Linie maßgebend der Umfang, die Geschlossenheit und Reife der revolutionären Masse, die hinter den socialdemokratischen Parlamentariern steht. Die Macht dieser revolutionären Masse durch Agitation und Organisation zu stärken muß deshalb die Aufgabe aller Proletarierinnen sein, die als Frauen und als Besitzlose durchgreifende Reformen erstreben. Reformen nicht zum Zwecke eines faulen Friedens mit der bürgerlichen Klassen- und Geschlechterherrschaft, vielmehr behufs eines schärferen und energischeren Kampfes für die höhere Cultur der socialistischen Gesellschaftsordnung.

Partei-Angelegenheiten.

Aus Solingen wird berichtet: In einer am letzten Sonntag zu Ohligs tagenden Kreis-Parteiversammlung der Parteigenossen des Kreises Solingen, an der auch Vertreter des niederheinischen Agitationscomitès theilnahmen, wurden wegen des bei der letzten Reichstagswahl verübten Verraths die Herren Georg Schumacher, Rudolf Wolfrum, Emil Heßner, Robert Heßner, Wilhelm Langenberg und Ernst Bergmann aus der socialdemokratischen Partei einstimmig resp. gegen vereinzelte Stimmen ausgeschlossen. Des Weiteren faßte die Versammlung Beschluß über das tägliche Erscheinen der „Berg. Arbeiterstimme“, über Organisation und Agitation. Die gut besuchte Versammlung verlief in bester Ordnung.

Drei socialdemokratische Sänder sind in diesen Tagen der preussisch-deutschen Freiheit wiedergegeben worden. In Lübeck verließ am Sonntag der Genosse Fein das dortige Gefängniß, nachdem er 1 1/2 Jahr und 3 Wochen Kaffbohnen gelesen und Berg gezupft hat, wie es in Republiken für sündiges Schreibvolk sich ziemt.

Am Montag öffneten sich die Thoren des Gefängnisses zu Gommern für den Genossen Görlich, der wegen Verleumdung des Oberbürgermeisters zu Magdeburg 3 Monate dort sitzen mußte.

Aus dem Zwickauer Gefängniß wurde am 16. Juli der Genosse Goldstein entlassen. Dieser hatte wegen Verleumdung des Grimmitzschauer Feuerwehr-Commandanten sechs Wochen Gefängniß erhalten.

Sofort wir, daß die Genossen durch die Haft keinen schweren Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben, damit sie den Kampf für das Proletariat von Neuem wieder aufzunehmen vermögen.

Arbeiterbewegung.

Der Congreß der Hafenarbeiter und Binnenarbeiter Deutschlands tagt seit Sonntag in Hamburg und nahm eine Resolution an, welche die Centralisirung aller einschlagenden Branchen behufs gemeinschaftlicher Förderung der Interessen als notwendig bezeichnet. Ferner wurde eine dem Reichstagsabgeordneten Rollensdörfer empfohlene Resolution auf Einführung staatlicher Inspektoren durch Reichstages einstimmig angenommen. In der Nachmittags-sitzung am Montag nahm man eine Resolution des Abg. von Elm an, die für die Arbeiter einen entsprechenden Einfluß bei der Einrichtung von Arbeitsvermittlungsanstalten verlangt, ferner eine Resolution des Abg. Rollensdörfer, betr. die Ausbehnung der Unfallversicherung auf alle Arbeitsweize sowie die Vertheilung der Arbeiter am Erlaß von Unfallvermeidungsvorschriften und Ueberwachung von deren Ausführung.

In Genu ist, wie aus . . . dort gemeldet wird, ein großer Bauarbeiter-Streik zum Ausbruch gekommen, an dem circa 6000 Arbeiter theilhaftig sind. Es handelt sich um Forderungen, welche die Arbeiter bereits im Jahre 1896 gestellt hatten bezüglich der Erhöhung der Lohnsätze und Verkürzung der Arbeitszeit. Viele Ausländer, namentlich Italiener und auch Deutsche, sind daran theilhaftig.

Aus aller Welt.

Aus Berlin. In der Nacht vom Montag zum Dienstag ist auf der Obersee bei Hirschgarten der Privatdampfer der Brauerei Müggelschloß...

Vom See gefallen. Aus dem Sonntag Nachmittag vom Böhrner Hauptbahnhof nach Bahnslein abgefahrenen Personenzug...

Das Raube haben nach dem „N. Journ.“ in Altbuchow in Böhren vier Ziegelarbeiter einen Feldhüter in seine Feldhütte eingesperrt...

Eine gefährliche Luftballonfahrt haben dieser Tage drei Franzosen zu überleben gehabt. In der Nähe des Eifelortes Germand fanden in den höchsten Baumspitzen eines großen Waldes...

Zum Untergang der „Bourgoigne“. Die „Touraine“ ist mit einem Teile der Schiffbrüchigen der „Bourgoigne“ in See gehrt angekommen...

Eine große Feuerbrunst brach am Montag Abend in Sunderland (Durham) aus. Um 1 Uhr Nachts standen drei Straßen theilweise in Flammen...

Ein bewegener Bankstich hat am letzten Sonntag Abend Nachmittag zu London in der Bank von England verübt. Die Comptische Bank hatte einen Bote an die Bank von England...

Ein Lebenszeichen von Andre. In Havn ging ein Telegramm aus Bergen (Norwegen) ein, wonach der Dampfer „Sofuten“ in der Sagenbucht eine Flasche gefunden hat...

konnten. Wenn nicht eine Mystifikation vorliegt, so würde Andre in diesem Jahre in der Umgebung von Spitzbergen gewesen sein, was nicht sehr wahrscheinlich sein kann.

Gerichtliches.

Eine große Schlägerei unter Soldaten des Infanterie-Regiments 68 und Feldartilleristen fand in dem Wälderort Mollweil vor einigen Wochen statt.

Eine antisemitische Heldenthat. Das Münchener Schöffengericht verurtheilte den Bildhauer Schenker, der in einem von ihm angelegten antisemitischen Kaffeehaus...

Die Blöße der deutschen Nation. In Halle wurden am 15. Juli die drei Studenten Wolf Pilet, Ludwig Gertung und August Krabbe vom Schöffengericht zu je 200 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Sociale Uebersicht.

Blößen des Submissionswesens. In Lübeck waren die Ausschreibungen an einem Schornsteinbau zu vergeben. Die Fortreibungen bewegten sich zwischen 11 215 Mk. und 15 555 Mk.

Der Herr Minister kommt. Minister Bredel besuchte als oberster Chef des deutschen Argwohn die Grube „Boß“ im Weisenfelder Kohlenrevier.

Humoristisches.

Warum sie reactionär sind. Der Erste will er hochgehoben. Der Zweite ex officio. Der Dritte will er hochgehoben.

Neueste Nachrichten.

Am 19. Juli. Der „Rita Sig.“ wird aus Petersburg gemeldet: Dagegen die russische Regierung des Panamainers Bestrebens gegen die Schiffsahrt gegen Deutschland ergangen ist.

seien die Grenzollanten noch nicht angewiesen worden, die in Betracht kommenden deutschen Waaren nach dem erhöhten Tarif zu verzollen, so daß diese Waaren bisher noch nach dem alten Tarif eingeführt. Man sieht daraus, daß russischerseits noch nicht alle Hoffnung aufgegeben sei, mit Deutschland zu einem Einvernehmen zu gelangen.

Paris, 20. Juli. Es wird gemeldet: Der Meinungsstreit im Schooße des Cabinetts verschärft sich immer mehr. Cabanac plant eine Militär-Dictatur und Unterdrückung des Dreifußfeldzuges.

Die „Aurore“ veröffentlicht einen Brief Zolas, worin er seine Flucht bekannt gibt und sagt, man solle er in 14 Tagen gedungen werden, einem vierwöchigen Praceß unter denselben Bedingungen beizumohnen; beßhalb ghe er es vor, Frankreich zu verlassen und im October zurück zu kehren und Licht zu bringen.

Es verläutet, Zola reiste nach Brüssel ab, und wird sich nach Holland begeben.

Standesamtliche Nachrichten.

Geburten. II. Kaufmann Paul Jung, kathol., Obauerstraße 56/57, mit Martha Morawik, kath., Reichstraße 6. Arbeiter Albert Weiser, kath., Vorwerkstr. 37, mit Emilie Jastisch, kath., Brüderstraße 43.

Todesfälle I. Frieda, d. des Silberpolirers Felly Noakowski, 13 Stdn. Gertrud, d. des Schmieds Paul Habel, 3 J. Arbeiter Josef Urban, 55 J. Arbeiter Paul Dulau, 42 J.

Ohne Concurrenz! Amerik. Patent Leder Schuhe. Damen-Schuhe u. Abgäbe für 2.00. Herren-Schuhe u. Abgäbe für 1.40.

Export-Weissbier-Brauerei. Emil Kammer. 33 Loh-Strasse 33.

Versand in Gebinden und Flaschen. In Breslau frei Haus! Emil Kammer Breslau 33 Loh-Strasse 33.

Durch die Expedition der Volksmacht sind zu beziehen: Die Frau und der Socialismus von August Bebel. 10 Hefte à 0,20 Mk., gebunden 2,50 Mk.

Der Arbeitsvertrag. Das Handlungsbüchlein. Preis 50 Pf.

Blanc Pilot. Arbeiter-Lampe. G. Knappe. Markt 45.

Theilzahlung. Uhr, Spiegel, Küchengeräte. Ernst Karsky. Markt 14.

Das hässliche Buch der Erziehung. J. G. Vogt. 10 Hefte à 10 Pf.

Die französische Revolution. Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Die Pflanzenwelt. Die Thierwelt. Socialdemokratisches Liederbuch von Max Kegel. Preis 40 Pf.

Der Standpunkt des Arztes im Bäderstreik.

Unter dieser Ueberschrift äußert sich ein praktischer Arzt in einem bürgerlichen Blatte zum Hamburg-Altona-Wandsbeker Streik wie folgt:

Man mag über Streik und Boykott, die beiden hauptsächlichsten socialistischen Gewaltmittel, denken wie man will, und wird doch einestages feststellen müssen, daß es die einzigen wirksamen Kampfmittel der Arbeiterschaft sind, mit denen sie von ihren Arbeitsherrn Zugeständnisse erlangen kann, welche auf friedlichem Wege nicht zu erreichen waren. Und so lange eine Arbeiterkategorie aus drückenden Lohn- und Ernährungsverhältnissen heraus in bescheidenen Grenzen eine Verbesserung ihrer Lage anstrebt, kann kein gerecht denkender Mensch ihr seine Sympathie versagen. Anders ist es freilich, wenn nicht die zwingende Noth es ist, welche die scharfen Waffen den Leuten in die Hand drückt, wenn Streik und Boykott in Scene gesetzt, Hunderte von Existenzen geschädigt und ruiniert werden, nur von Partei wegen, um dem eingeschüchterten Bürgerthum die Macht und Kraft der Socialdemokratie zu zeigen.

Der bei uns jetzt herrschende Bäderstreik hat einen Anspruch auf das größte Interesse der ganzen Bevölkerung; denn es handelt sich dabei um die Production und den Vertrieb unserer Hauptnahrung, und alle die Schäden und Nachtheile, welche darin auftreten, erfahren wir am eigenen Leibe. Es liegt aber eine dringende Frage, eine hygienische Frage von einschneidender Bedeutung zur Beantwortung vor, und alle parteipolitischen Einwände, wie sie von verschiedenen Seiten in die Bewegung hineingetragen werden, kommen diesen Gesichtspunkten gegenüber zum Schweigen. Das consensuale Publikum ist es, welches in erster Linie beim Streik der Bäder Stellung zu nehmen hat.

In unserer Zeit sind richtige hygienische Fortschritte gemacht worden auf den Gebieten des Milch- und Fleischbetriebes, das öffentliche Hygiene bedeutsame, unumwälzende Eingriffe erlaubt — politische Milch- und Butteruntersuchungen, Errichtung von Schlachthäusern, und Trichinenschau, — allein der ganze Brot- und Fleischbetrieb erstreckt sich einer beinahe vollständigen Ungeborgenheit. Die Verhältnisse im Bädergewerbe sind nicht viel anders als vor hundert Jahren, und nicht nur in unserer engeren Heimath, auch in anderen Culturländern liegen die Dinge noch sehr im Argen. Bäder mit kleinen, niedrigen Backräumen, ohne Luft und Licht, mit Aussicht auf Höfe und Gänge in unmittelbarer Nähe von Abortanlagen und Düngruben, kann man überall finden; selbst neue Bäder werden heute noch angelegt, ohne Rücksichtnahme auf die dringenden Anforderungen der Hygiene. Die mangelhafte Belüftung vieler Bäder erschwert die Reinhaltung in hohem Grade, und die feuchtwarme Atmosphäre, die überall ausstrahlende Hitze, giebt günstige Bedingungen ab zum Wachsthum von Bakterien, Pilzen, Keimen verschiedener Art, die sich in den Schweißschichten immer vorfinden. Bei der Finsterniß und all' dem Schmutz, der sich ansammelt, werden sich Vieher von allen möglichen Gethieren: Ratten, Mäusen, Mischwürmern, Kellerschnecken, Ohrwürmern u. d. v. finden.

Der herrschende Bäderstreik veranlaßt uns jedoch, unser Hauptaugenmerk auf die Personalverhältnisse der in den Bädern beschäftigten Arbeiter zu richten. Jedem ist es bekannt, in welcher dauernden und intimer Verbindung der badende Geselle mit unserer Nahrung kommt, wie durch langes Kneien und Wirken des Leibes mit den bloßen Händen, durch Husten und Räuspern während der Arbeit, und durch andere Zufälligkeiten mehr, die ich lieber hier nicht nenne, eine leichte Uebertragungsmöglichkeit von allerlei Krankheiten gegeben ist. Zwar wird der Leig dann im Dien hohen Wärmegraden ausgelegt, ob jedoch alle Keime besonders die im Centrum des Brotes befindlichen, getödtet werden, ist noch mehr als zweifelhaft, ganz abgesehen von der Frage der Appetitlichkeit. Das Bädergewerbe ist an und für sich schon ein ungesund und stellt im Verhältnisse zu den anderen Gewerben einen auffällig großen Procentsatz Kranker. Der Aufenthalt in den von Mehlstaub erfüllten Arbeitsräumen disponirt für Lungenerkrankheiten, die ausstrahlende Hitze für Hautleiden und Allgemeinerkrankungen, der häufige Temperaturwechsel mit Erfränkungs- und Rheumatismen hervor. Zu diesen genannten professionellen Krankheiten bekommen die Arbeiter nun auch andere Erkrankungen allgemeiner Provenienz. Infolge ihrer ungesunden Thätigkeit tritt eine Veränderung des Gesamtorganismus und eine Abnahme der Widerstandskraft gegen Krankheitserreger ein, so daß die Bäder eher von acuten und chronischen Infectionskrankheiten befallen werden und ihnen leichter unterliegen, als Arbeiter anderer Gewerbe.

Jahrhunderte alter Tradition, veralteten eingewurzelten Gewohnheiten zu Liebe, einer solchen nachtheiligen Arbeitseinteilung zur Schuld leben, wohnen, essen, trinken und schlafen die Gesellen im Hause ihres Meisters. Eigene Speise- und Wohnzimmer werden ihnen wohl kaum zur Verfügung gestellt und zu den beschränkten eigenen Wohnräumen der Meister selbst haben sie nicht immer Zutritt. Die Schlafstätten entsprechen in den meisten Fällen nicht einmal den bescheidensten Anforderungen hinsichtlich des Luftraumes, sie stehen in vielen Bädern mit den Backsteinen in direkter Verbindung und tauschen ihre schlechte, verdorbene Luft gegenständig aus.

Durch dieses innige Uebersicheln der Gesellen, durch das Zusammenhängen nicht nur in einem Raume, sondern sehr häufig sogar in denselben Betten, können, wenn müssen sich vielmehr eine Reihe ansteckender Krankheiten, wie Lungentuberculose und sonstige Affectionen, von Einem auf den Anderen übertragen. Ein bester Beweis hierfür bietet die parasitäre Hauterkrankung Krätze, welche wegen häufigen Vorkommens unter den Bädern allgemein als Bäderkrätze bekannt ist. Die Hauptlocalisation dieser Krankheit sind die Hände — ich überlasse es jedem Einzelnen, sich die Vorgänge einer solchen Badewasche auszumalen, welche von solchen Händen producirt worden ist.

Der springende Punkt im jetzigen Bäderstreik ist nun die Forderung der Gesellen, das Recht und Rechtswesen im Hause der Meister zu befestigen und den Lohn auf 21 Mark pro Woche zu erhöhen. Eine Anzahl Hamburger Bäder hat mit jenem veralteten, ungesunden System schon längst gebrochen, zur vollsten Zufriedenheit ihrer Consumenten und Arbeiter. Im Interesse einer gesunden Volksernährung liegt es, wenn auch die anderen Meister ihren Widerstand fallen lassen und diesem Beispiele folgen würden. Es leuchtet von selbst ein, wie mit Beseitigung jenes Zustandes, bereit mit sich bringt, das gesunde und frische Menschen, die mit ihren bloßen Händen unser tägliches Brod bereiten, in einem Raume zusammengekrängt wohnen und schlafen, Herde und Brunnentier für ansteckende, eiterregende Krankheiten aufgehoben würden. Wir haben ein Recht zu verlangen, daß unser Brod, welches wir in ungesäubertem Zustande, so wie es aus den Backsteinen zu uns kommt, genossen, nicht eine unappetitliche Insectensuppe ist, sondern von gesunden Leuten und unter hygienischen Verhältnissen hergestellt wird. Der erste und wichtigste Schritt dazu ist die Aufhebung jenes Uebelstandes. Nur Involontät und ein falsches Geschäftsinteresse sind die Schranken, welche sich hier in den Weg stellen. Daß es andere Hindernisse nicht giebt, beweisen jene Bäder, welche schon früher oder auch jetzt erst die erwähnte Aenderung eingeführt haben. Zugleich mit den verbesserten hygienischen Verhältnissen wird auch eine Hebung der socialen und wirtschaftlichen Standpunkte der Arbeiter erzielt. Sie kommen eher zur Selbstständigkeit, können Ehen eingehen, und erlangen vor allen Dingen die jedem Menschen werthvolle Freiheit, zu leben und zu wohnen, wie sie selbst wollen. Es ist hoch an der Zeit, dem frischen, gesunden Luftzuge, der schon so vieles Alte und Ungehörige weggespült hat, auch hier Thür und Thor zu öffnen. Und gerade das Lebensinteresse der Meister selbst erfordert diese Aenderung, um nicht von dem besseren und billigeren Großvertriebe, dem drohenden Feinde jedes Kleingewerbes, erdrückt und erstickt zu werden.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 20. Juli 1898.

Zu den Stadtverordnetenwahlen!

Im Herbst d. J. finden wiederum die Wahlen zum Breslauer Stadtverordneten-Collegium statt. Das reactionäre preussische Gemeindevahlrecht verhindert allerdings eine Theilnahme der Arbeiter an den Gemeindevahlen, wie sie das Wahlrecht zum Reichstage bei der Wahl des höchsten gesetzgebenden Körpers ermöglicht. Dennoch ist es keineswegs unmöglich, auch der Arbeiterschaft eine Vertretung im Stadtparlament zu sichern, wenn eben jeder wahlberechtigte Arbeiter seine Pflicht erfüllt. Das zeigt das Beispiel einer ganzen Reihe preussischer Städte, woselbst die Arbeiterschaft längst durch eine zum Theil erhebliche Zahl von Stadtverordneten eigene Vertretung in der Gemeinde erlangt hat.

Auch für die Breslauer Arbeiterschaft, die eben wieder ihre Vertreter im Reichstage zu einem glänzenden Sieg geführt hat, ist es nunmehr unabwiesbare Ehrenpflicht geworden, endlich einmal auch in das Stadtparlament Vertreter zu senden, die gewillt und im Stande sind, den berechtigten Anforderungen der Breslauer Arbeiter in der Gemeindeverwaltung Geltung zu verschaffen.

Diese Aufgabe wird jedoch nur erfüllt werden, wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten ist, wenn sie von ihrem Stadtverordneten-Wahlrecht wirklichen Gebrauch macht. Und das kann nur geschehen, wenn jeder Wahlberechtigte sich rechtzeitig überzeugt, daß sein Name in der Wählerliste enthalten ist!

Die Wählerlisten für die Stadtverordneten-Wahlen liegen zur Einsicht für Jedermann aus:

Vom Freitag, den 15. Juli, bis Sonnabend, den 30. Juli,

Vormittags von 8—1 Uhr, Nachmittags von 3—6 Uhr,

und zwar im Hause Elisabethstraße Nr. 10, Zimmer Nr. 6, parterre.

Wahlberechtigt zur dritten Abtheilung ist jeder mindestens 24 Jahre alte männliche Einwohner der Stadt Breslau, welcher 1. Preussischer Staatsangehöriger ist, 2. Seit mindestens einem Jahre in Breslau wohnt, 3. Gemeinde-Einkommensteuer in Betrage von mindestens 1 Mark 19 Pf. viereckjährlich gezahlt hat, 4. Seit einem Jahre eine öffentliche Armenunterstützung nicht empfangen hat.

Wer diese Bedingungen erfüllt hat, hat Anspruch auf Eintragung in die Wählerliste und die Pflicht, sich so rasch wie möglich zu überzeugen, daß sein Name in der Wählerliste enthalten ist!

Die vom 15. bis 30. Juli, Vormittags von 8—1 Uhr, Nachmittags von 3—6 Uhr, im Hause Elisabethstraße 10, Zimmer 6, parterre, ausliegende Wählerliste kann jeder Einwohner einsehen, auch wenn er nicht wahlberechtigt ist. Auch beschränkt sich das Recht der Einsichtnahme und das Einspruchsrecht nicht auf die eigene Person des Einsichtnehmenden, dieses Recht erstreckt sich vielmehr auf die ganze Liste, deren Einsichtnahme also nicht verweigert werden darf!

Es können also mehrere Wähler eine Person (die nicht Wähler, sondern nur Einwohner der Stadt zu sein braucht) mit der Einsichtnahme der Liste und eventuell mit der Reclamation zur Aufnahme der fehlenden Wahlberechtigten in die Wählerliste beauftragen!

Es empfiehlt sich, bei Einsichtnahme der Wählerliste die letzte Steuerquittung mitzubringen.

Diejenigen Wahlberechtigten, welche nicht in die Wählerliste eingetragen sind, müssen bis spätestens 30. Juli d. J. ein Gesuch um nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste entweder direct an den Beamten, der mit Vorlegung der Wählerliste beauftragt ist oder schriftlich an den Magistrat der Stadt Breslau richten.

Das Gesuch (mündlich oder schriftlich) muß enthalten die genauen Angaben über Vor- und Familiennamen, Alter, Stand, Wohnung, Staatsangehörigkeit und Betrag der gezahlten Gemeinde-Einkommensteuer, event. auch Nummer des Steuerbezirks und der Steuerrolle.

Die sofortige mündliche Reclamation nach Einsichtnahme in die Wählerliste empfiehlt sich besonders und ist schon aus diesem Grunde das Mitbringen der letzten Steuerquittung notwendig.

Nochmals, Arbeiter Breslau's, seid Eurer Pflicht eingedenk und überzeugt Euch rechtzeitig, in der Zeit vom 15. bis 30. Juli davon, ob Euer Name in die Wählerliste zur Stadtverordnetenwahl eingetragen sind!

* Arbeiterversammlungen und Tanzergänzungen haben dieser Tage in Morgenau um die Herrschaft gerungen und diese haben über jene den Sieg davongetragen. Der Ausgang dieses Streites war von vornherein nicht zweifelhaft. Hatte sich doch die hohe Ortsobrigkeit für die Tanzergänzungen entschieden, ein Nachfaktor also, von dem es zunächst abhängt, ob Verpflichtungen gebulldigt werden darf oder nicht.

Wie unsere Leser bereits wissen, hatte der Amtsvorsteher von Morgenau den Gastwirthen die Bedingung gestellt, entweder dafür zu sorgen, daß keine Versammlungen im „Elysium“ mehr abgehalten werden — oder aber es findet in den Tanzsälen des Ortes bereits um 10 Uhr Rekrut statt. Da nun aber um diese Zeit die Tanzlustigen noch lange nicht Alle ihr Geld verjubelt haben, vielmehr noch mancher „Sechser“ in den Taschen klappt, so entschieden sich die Morgenauer Birtche leichten Herzens gegen die Versammlungen und für den unverkürzten Tanz.

Die Offenheit, mit der die Verhandlungen gepflogen wurden, und mit der den Leitern der Arbeiterbewegung davon Theilnahme gemacht wurde, hat uns geradezu frappirt. In

der Regel spielen sich solche Verhandlungen zwischen Polizeibehörden und Gastwirthen hinter den Coulissen ab. In Morgenau scheint man aber von der staatsretterischen Bedeutung der getroffenen Vereinbarungen so durchdrungen zu sein, daß man gar nicht erst den Versuch gemacht hat, dieselben zu verheimlichen. Herr v. Posadowsky erläßt erst ein geheimes Rundschreiben, wenn es sich darum handelt, das Coalitionrecht der Arbeiter zu „reviviren“. Herr v. Donat macht nicht erst soviel Federlesens; er hilft sich auf weit einfachere Weise. Herr v. Donat wäre jedenfalls ein Minister nach dem Wunsche Derer, die mehr als ein Haar in der Arbeiterbewegung gefunden haben.

Wenn wir nun im Hinblick auf diese offenkundige Abneigung gegen die Arbeiterbewegung Betrachtungen über die culturuelle Bedeutung der Veranstaltungen und der öffentlichen Tanzmusiken anstellen, so kommen wir zu einem Ergebnis, das sehr wesentlich abweichen dürfte von den Anschauungen, die der Amtsvorsteher von Morgenau darüber zu hegen scheint. Daß die Arbeiterbewegung eine Culturmission erfüllt, ist allseitig anerkannt worden; an diesem Urtheil können auch die paar „Schärfmacher“ nichts ändern, die fortwährend mit dem rothen Gespenst krebzen gehen.

Wenn wir dem gegenüber die öffentlichen Tanzmusiken stellen, wie sie allsonntäglich und selbst in der Woche noch mehrmals stattfinden, so können wir ohne Uebertreibung behaupten, daß sie eine Einrichtung darstellen, die vampyrartig am Volkswohlstande saugt. In fast allen Tanzlocalen ist der Tarentanz eingeführt. Die Tour dauert höchstens anderthalb Minuten und kostet 5 Pf. In einer Stunde werden mindestens 40 Touren gespielt. Der Tanz dauert Sonntags von Nachmittags 4 Uhr bis Nachts 1 Uhr. Da ein flotter Tänzer oder eine flotte Tänzerin selten eine Tour versäumen darf, so kann man sich leicht ausrechnen, was für ein kostspieliges Vergnügen das Tanzen in einem solchen Locale ist. Das Geleg verbietet zwar die Glücks spiele, bei denen der Arbeiter über seine Verhältnisse hinaus Verluste erleiden kann, aber in den Tanzsälen, da wird er ausgepowert bis auf den letzten Pfennig. Für wie viele Tausende Söhne und Töchter braver Eltern ist nicht schon der Besuch solcher Locale die Ursache vollständigen wirtschaftlichen und sittlichen Ruins gewesen? Wie viele sind nicht schon durch die hohen Geldausgaben, die der Besuch der Tanzsäle im Gefolge hat, zu Vergehen wider das Eigenthum ihrer Principale, Lehrmeister, Dienstgeber, ja selbst zu Diebstählen an dem Besitze ihrer Eltern verleitet worden? Zahlreiche Menschen vergeuden, wenn sie der Tanztafel befallen, ihren mühsam erworbenen Wohlstand und klopfen an den übrigen Tagen in der Woche „Ganz“ oder machen Schulden, die niemals bezahlt werden. Nicht selten kommt es vor, daß sogar Familienväter in leichter Gesellschaft das Geld verjubeln, worauf ihre Frauen und Kinder daheim sehnüchtig warten, um ihren Hunger stillen zu können. Wie viel Jammer und Streit ist nicht schon in solchen „Tanzdummen“ entstanden und in wie vielen Fällen haben sie nicht zu traurigen Folgen geführt? Die Bluthat auf der Gabisstraße, die unsere Stadt eben erst in Aufregung versetzt hat, ist der beste Beweis, zu welchen Konsequenzen der „gemüthliche Tanz“ oft führt. Und wenn neben diese volksausbeutenden und moralvergiftenden Touren-Tanzergänzungen? Lebighlich nur den Tanzsaalbesitzern, die einen Löwenanteil von den vereinnahmten Fünfspfennigen ziehen und dadurch zu reichen Leuten werden, auf alle Fälle aber ein angenehmes Leben führen können.

Zum Schluß können wir es uns nicht versagen, auch auf die Bestrebungen der Regierung und der reactionären Parteien, die Minderjährigen aus den politischen Vereinen auszuschließen, hinzuweisen. Wir haben schon früher ziffermäßig nachgewiesen, daß die „grünen Jungen“ in den erwähnten Vereinen sehr spärlich vertreten sind; eine um so größere Rolle spielen sie hingegen in den Tanzsälen. Die bei der Ermordung des Grenadiers Zapke Beteiligten sind durchweg junge Burschen von 17 bis 23 Jahren, denen eine frühzeitige Schulung, wie sie in den Arbeiterorganisationen betrieben wird, sehr nützlich gewesen wäre. Jetzt werden die Thäter wohl auf lange Zeit dahin kommen, vor wo es in der Regel keine Rückkehr in die Gesellschaft mehr giebt.

Also wegen solcher Tanzmusiken konnten die Maurer-Versammlungen in Morgenau nicht mehr stattfinden, obgleich den Arbeitern das Recht hierzu durch Reichsgesetz gewährleistet ist. Auf welche Rechtsgrundlage stützt der Morgenauer Amtsvorsteher seine Maßregeln? In einem Reichstaate kann doch unmöglich Jeder nach seinen politischen Anschauungen regieren, geschieht es dennoch, wozu haben wir alsdann erst eine Constitution? Wägen fanatische Parteipolitiker und kurzfristige Staatsmänner den Kampf gegen den „Umsturz“ auf allen Gassen predigen, vor den gesetzlich gewährleisteten Freiheiten aber sollten zum Mindesten diejenigen Achtung haben, die sich ausschließlich zum Schutze der Gesetzgebung in Amt und Würden befinden.

* Die „Sammlung aller christlichen Elemente“ soll jetzt in unserer Provinz eifrig betrieben werden nachdem die Riquelische „Sammelplatt“ mißglückt ist. Die Buchdruckerei von Erich Peterson hier selbst versendet ein Circulaire, dessen erster Theil folgenden Wortlaut hat:

Ein neues Unternehmen ist die „Christliche Morgenzeitung“ mit dem 1. Mai geworden. Eine Anzahl christlich-conservativer Herren in der Provinz haben sich mit dem jetzigen Verleger zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung vereinigt, um mit größerem Geschäfts-Capital auch Besseres leisten zu können. Eine tüchtige redactionelle Kraft steht in der Person eines erfahrenen Schriftstellers im Dienste der Zeitung und hat dieselbe in kurzer Zeit seit ihrer Neugestaltung, wie eine große Anzahl von Zuschriften beweist, allseitig in unseren Kreisen Anklang gefunden.

Das Ziel der Redaction ist: Alle christlichen Elemente in der Provinz zum Kampfe gegen die zerstörenden Tendenzen des Liberalismus und der Socialdemokratie zu vereinigen und durch denselben nicht nur dem Verfall der Provinz entgegen zu wirken, sondern auch in allen Kreisen einen gesunden Geist zu heben.

